

Frauen beklagen Pseudo-Gleichheit in vielen Bereichen

Anhörung zeigt Fortschritte und Defizite auf

Wer vor dem 11. März weder „mainstreaming“ noch „gender“ genauer einzuordnen wusste, der konnte an diesem Tag im Plenarsaal des Landtags viel lernen. Zehn Expertinnen waren zu der öffentlichen Anhörung des Ausschusses für Frauenpolitik (Vorsitzende Gerda Kieninger, SPD) zum Thema „Qualitativer Sprung in der Frauenpolitik – Gender-Mainstreaming gezielt und konsequent umsetzen“ erschienen (Antrag der Fraktionen von SPD und GRÜNEN – Drs. 13/713). Neben den Parlamentariern hatte diesmal auch – abweichend von der üblichen Praxis bei solchen Anhörungen – das Publikum die Gelegenheit, den ausnahmslos weiblichen Sachverständigen Fragen zu stellen.

Katja Reppel war aus Brüssel angereist. Im Gepäck hatte die Vertreterin der Europäischen Kommission den dort erarbeiteten „Leitfaden zur Bewertung geschlechterspezifischer Auswirkungen“ und stellte die Strategien der Europäischen Union im Bereich „Gender-Mainstreaming“ vor. Zwei Probleme seien trotz wachsender Gleichberechtigung auch heute noch akut. Einerseits hätten Frauen sich mit ihren Bedürfnissen immer noch der Männerwelt anzupassen. Andererseits bestehe eine Art Pseudo-Gleichheit, man ignoriere geschlechterspezifische Unterschiede und verhalte sich somit „gender blind“. Maßnahmen innerhalb der EU hätten zwar Fortschritte gebracht. Trotzdem seien die Mängel an „Gender“-Kenntnis und in verschiedenen Bereichen, zum Beispiel beim Finanz- und Personalhaushalt oder in der Datenerhebung, noch gravierend. In immer mehr Bereichen beziehe man die Gleichstellungsperspektive mit ein. Im letzten Jahr sei unter anderem eine umfassende Studie über Frauen im Fischereisektor entstanden. Außerdem habe man den allgemeinen Austausch zwischen den Ressorts verstärkt, um Erfolge und Rückschläge mit

einander zu vergleichen. Rahmenstrategien seien heute vorhanden, um in den Fachbereichen gezielte jährliche Arbeitsprogramme auszuarbeiten.

Die CDU-Bundestagsabgeordnete Claudia Nolte erläuterte vor allem die politische Sicht der Entwicklungen in Deutschland. Erfolge seien über die Jahre nicht nur in Gremien und Parteien, sondern auch ansatzweise in der freien Wirtschaft erzielt worden. Frauenförderpläne hätten in ihrem unmittelbaren Umfeld zwar gewirkt, weitere politische Konsequenzen seien aber ausgeblieben. Deshalb habe man vorhandene Strukturen durch das Konzept „Gender-Mainstreaming“ ergänzt. Im Sinne der neuen Strategie sollten die Mitarbeiter aller Abteilungen bei Planung, Entwicklung und Durchführung ihrer Aufgaben Aspekte der Chancengleichheit berücksichtigen und umsetzen. Die Bundestagsabgeordnete kritisierte, dass parteipolitische Färbungen oft eine bessere Zusammenarbeit verhinderten. Um Formalisierungen zu vermeiden, müsse man konkrete Ziele festlegen und einen zeitlichen Rahmen erarbeiten. Die Anwendung und Kontrolle begrenze sich keinesfalls nur auf die Verwaltung, sondern betreffe genauso die politische Ebene.

Praktische Erfahrungen konnte Dr. Kristin Körner vom Frauenministerium in Sachsen-Anhalt vorweisen. Dort habe man als erstes Bundesland mit einem Umsetzungsprogramm begonnen, dass sich vor allem an vier Erfolgsvoraussetzungen orientiere: Sichtbares Engagement müsse von der obersten Ebene ausgehen, um von dort nach unten wirken zu können („Top-Down-Modell“), geschlechterdifferenzierte Daten seien zu erheben, Kompetenz und Sensibilisierung im „Gender“-Bereich müssten verstärkt entwickelt werden, und eine transparente Umsetzung habe allen Planungen zu folgen.

Gilla Knorr von der Landesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauen- und Gleichstellungsbeauftragter in NRW, betonte, beim

Konzept des „Gender-Mainstreaming“ sei vor allem die Verlagerung der Verantwortung auf die jeweiligen Fachressorts innovativ. Ansonsten sei man in ihren Kreisen skeptisch, inwiefern der Ansatz sich durchsetzen könne. Viele Fragen seien noch zu klären. Wichtig sei es, Frauenförderung parallel weiter zu betreiben, vermehrt Ressourcen zur Verfügung zu stellen und klare Verbindlichkeiten festzulegen.

Professor Dr. Sigrid Michel vertrat in der Anhörung die Landeskonferenz der Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten an Hochschulen in NRW, andererseits sprang sie spontan für ihre erkrankte Kollegin von der „Gender Akademie“ ein. An den nordrhein-westfälischen Hochschulen sei der Begriff „Gender-Mainstreaming“ noch ein Fremdwort. Gleichstellungsbeauftragte würden in Ausschüssen oft als Störfaktoren angesehen. Um das Bewusstsein für Gleichberechtigungsprobleme zu verbessern, kämen verschiedene Instrumente, wie Ziel-

vereinbarungen zur Gleichstellung, Kontrollen, Veränderungen in der Personalentwicklung oder leistungsbezogene Abzüge, in Frage. Da deren Wirkungen aber unterschiedlich seien, müsse man sie gezielt abwägen. Ein Beispiel für erfolgreiche sachbezogene Kooperation verschiedenster gesellschaftlicher Gruppen in puncto Chancengleichheit sei die „Gender Akademie“, betonte Michel anschließend. Dort entwickelte man Qualitätsstandards, um mit mehr Expertise dem Thema begegnen zu können.

Im dritten Block der Anhörung kamen Dr. Barbara Stiegler von der Friedrich-Ebert-Stiftung, Petra Kersting vom Zentrum Frau in Beruf und Technik und Gisela Breil im Namen der Landesbezirksleitung der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di zu Wort. Die Rednerinnen betonten, dass man bei der Geschlechterdiskussion gleichermaßen Frauen und Männer beteiligen müsse. Um beim „Gender-Mainstreaming“ Missbrauch zu vermeiden, sei es von der Frauenförderung zu unterscheiden und als eigenständige Querschnittsaufgabe zu betreiben.

Einen Überblick über die Weiterbildungsformen, mit denen man geschlechterdemokratische Strukturen in Organisationen entwickeln könne, gab Gendertrainerin Angelika Blickhäuser. Vor allem strukturelle und fachliche Änderungen auf freiwilliger Basis innerhalb einer Gesamtstrategie seien notwendig, um einen Perspektivenwechsel zu vollziehen.

Eva M. Welskop-Deffaa, vom Zentralkomitee der deutschen Katholiken, hätte sich mehr Beteiligung von führenden Politikern an der Anhörung gewünscht. Sie ging in ihrem Statement auf Chancengleichheit in der Familienpolitik ein. Neben notwendigen Änderungen im Steuer-, Ehe- und Unterhaltsrecht, müsse man Betreuungsangebote verbessern. Belastende normative Vorstellungen für Frauen und Männer seien zu beseitigen. Denn Chancengleichheit bedeute, auszubessern wo notwendig – und zwar auf beiden Seiten.

Miriam Dreschel



Sprachen auf der Anhörung: die ehemalige Bundesministerin Claudia Nolte (l.) und Katja Reppel von der Europäischen Kommission (r.).



Wie eines ihrer Bilder entsteht, zeigte in der Wandelhalle des Landtags Ingrid Scheller (Mitte): Begleitet von den beiden Jazzmusikern Gerd Dudek (sax. l.) und Ali Haurand (bass) versah sie die aufgestellte Leinwand mit großformatigen und expressiven Farbschwüngen. Die Aktion stand in Zusammenhang mit dem Weltfrauentag und der Anhörung des Frauenausschusses im Plenarsaal. Zugleich eröffnete Landtagspräsident Ulrich Schmidt die Ausstellung „energy streaming“ mit Werken der in Oberhausen geborenen Künstlerin. Diese Ausstellung ist im Landtag bis 19. April zu sehen.

Fotos: Schälte